

1.000 Milliarden Euro Privatvermögen in Österreich

LESEHEFT 1
aktualisierte Neuauflage



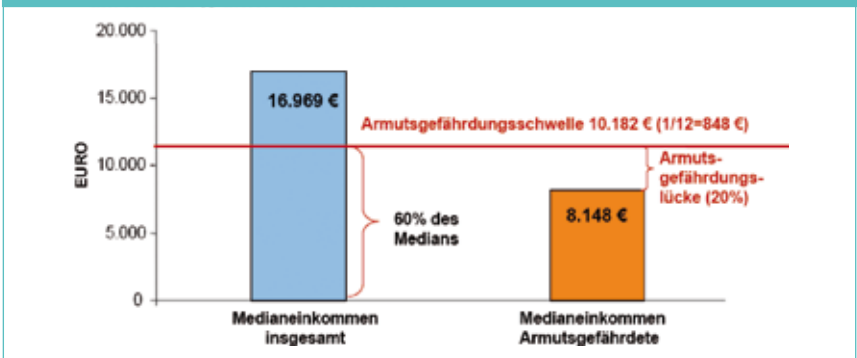
ARMUT!
Es ist genug für alle da

**GERECHTE UMMERTEILUNG
UNSERES REICHTUMS!**

VERARMUNGSRISIKO WÄCHST

Ein Mensch wird als armutsgefährdet bezeichnet, wenn ihm weniger als € 848,- (60 % des Medianeinkommens, netto inkl. aller Sozialleistungen wie Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Wohnbeihilfe etc.; Wert für 2004) monatlich zur Verfügung stehen. Das sind 1.030.000 Menschen oder 13,2 % der Bevölkerung Österreichs! Das durchschnittliche Einkommen dieser Gruppe liegt aber nur bei 679,- €, was die Situation verschärft.

13 % der österreichischen Bevölkerung sind armutsgefährdet. Das verfügbare Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung liegt um rund 20% unter der Schwelle.



Wenn zusätzlich Beeinträchtigungen in zentralen Lebensbereichen hinzukommen, wie:

- » schlechte Wohnverhältnisse (Substandard, beengte Wohnverhältnisse)
- » Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten und Krediten
- » finanziell bedingte Einschränkungen beim Beheizen der Wohnung, bei der Anschaffung von Kleidern und im Ernährungsbereich
- » wenn es finanziell nicht möglich ist, zumindest 1x im Monat nach Hause zum Essen einzuladen

spricht man von manifeste Armut. Davon waren 2004 461.000 Menschen (6 %) in Österreich betroffen! Die größte Armutsgefahr besteht für Langzeitarbeitslose, Migrantinnen, kinderreiche Familien, Alleinerzieherinnen. Steigende Arbeitslosigkeit, Verhinderung von Integration, Erhöhung der Bildungs- und Gesundheitskosten etc. verschärfen das Risiko für diese Gruppen umso mehr!

Armut verletzt Menschenrecht!

Wir fordern daher

→ wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung

REICH WIRD REICHER

Vermögen auf wenige konzentriert

Österreich ist laut OECD das 6. reichste Land der Erde. Ausreichend Potenzial und Wirtschaftskraft wäre vorhanden, um allen hier lebenden Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Das gesamte **Privatvermögen** aller Österreicher/innen (Geld, Immobilien, Beteiligungen) beträgt derzeit (2006) geschätzt ca. 1.000 Mrd. €. Dieses Vermögen ist auf wenige Menschen konzentriert – die reichsten 1% der Bevölkerung haben mehr Anteil (340 Mrd.) am Gesamtvermögen als die untersten 90% (317 Mrd.). Von den reichsten 1% besitzt ein Reicher/eine Reiche durchschnittlich 5,4 Mio. €.

Das reine **Geldvermögen** betrug in Österreich Ende 2005 356 Mrd. €. Aufgeteilt auf ca. 8 Mill. Einwohner/innen würde das ein Geldvermögen von je € 44.500,- , vom Baby bis zum Greis, bedeuten.

Und der Reichtum steigt! Österreich wird immer reicher!

- » Das Bruttoinlandsprodukt, die Messeinheit für den Wohlstand eines Landes, wuchs im Jahr 2001 um 5,5 Mrd €, 2002 um 4,8 Mrd. €, 2003 um 6,3 Mrd. €, 2004 um 10,1 Mrd. €. Die Prognosen für 2005 und 2006 liegen bei einem Wachstum von 9,4 bzw. 10,5 Mrd. €.
- » Im Jahr 2005 wuchs das reine Geldvermögen der privaten Haushalte um 18,3 Mrd. € auf insgesamt 356,3 Mrd. € - ein Rekordzuwachs! Seit 1999 ist es um 36 % gewachsen.
- » Im Jahr 2005 haben die größten ATX-Unternehmen ihre Dividendenaus-schüttung um 58 % auf 1,8 Mrd. € erhöht.
- » Die Anzahl der Dollarmillionäre ist in Österreich 2005 auf ca. 67.700 angestiegen.

Steigender Reichtum und steigende Armut bedingen einander: Umverteilung zu den Reichen erfolgt auf Kosten der Armen. Während Vermögen und Spitzeneinkommen steuerlich entlastet werden, werden niedrige Einkommen stark belastet und Zuwendungen für sozial Schwache gekürzt.

Wir fordern daher

- die Umverteilung von oben nach unten
- die gerechte Verteilung von Reichtum und Vermögen auf alle in Österreich lebenden Menschen.

ARM TROTZ ARBEIT

Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbsalter sind fast die Hälfte (46 %) auch erwerbstätig. Das Haushaltseinkommen von **8 % der Erwerbstätigen** liegt unter der Armutsgefährdungsschwelle (= working poor). Das sind ca. 250.000 Menschen! Stark armutsgefährdet sind Erwerbstätige mit einer unregelmäßigen Beschäftigung. Diese sind mit einer 17 %igen Armutsgefährdungsquote ein Signal dafür, dass die zunehmende Prekarisierung des Arbeitsmarktes große Unsicherheiten für die Betroffenen mit sich bringt.

Den Arbeitsplatz zu verlieren bedeutet auch heute noch eine akute Gefahr, arm zu werden. Im Durchschnitt ist in Österreich jede/jeder vierte Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin (**rund 800.000 Menschen**) einmal im Jahr von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Zeitraum 2000 bis 2004 betrug der Kaufkraftverlust bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe infolge der Inflation 8,1 %. Im Jahr 2004 lagen die durchschnittlichen Leistungen bei Arbeitslosigkeit großteils unter dem damaligen Ausgleichszulagenrichtsatz von € 662,99. (Quelle: AK Wien). Haushalte mit langzeitarbeitslosen Mitgliedern haben ein fast dreimal so hohes Risiko in Armut zu geraten.

	12 x/Jahr	14 x/Jahr
Armutsgefährdungsschwelle 2004	€ 848,00	€ 726,85
Durchschnittliche Notstandshilfe Frauen (25-45 Jahre) 2004	€ 641,70	
Max. Pensionsvorschuss 2006 (IP/BUP)	€ 792,00	
Kinderbetreuungsgeld 2006	€ 435,90	
Ausgleichszulage 2006		€ 690,00

Der österreichische Sozialstaat erfüllt eine wichtige Funktion: Ohne Sozialtransfers wären statt 13,2 % sogar 42 % der Bevölkerung Österreichs armutsgefährdet. Trotzdem liegen zahlreiche Sozialleistungen unter der Armutsgefährdungsgrenze.

Wir fordern daher

- einen Mindestlohn in der Höhe von € 1.200,- brutto
- volle soziale Absicherung bei allen Formen prekärer Beschäftigung
- eine deutliche Anhebung der Nettoersatzrate bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes
- die Streichung der Anrechnung des Partner/inneneinkommens bei der Notstandshilfe

SPITZENVERDIENER/INNEN

Um so viel zu verdienen wie der Generaldirektor der „Erste Bank“, Andreas Treichl, in einem Jahr auf sein Gehaltskonto bekommt, müsste eine mittel verdienende Arbeiterin 293,5 Jahre arbeiten.

Spitzenverdiener/innen in Ö. - Beträge in Mio. € (jährlich)		
Andreas Treichl	Erste Bank	4,5
Elisabeth Bleyleben-Koren	Erste Bank	1,9
Reinhard Ortner	Erste Bank	1,5
Franz Hochstrasser	Erste Bank	1,5
Wolfgang Reithofer	Wienerberger	1,2
Helmut Draxler	RHI	1,2
Erich Hampel	BA-BA	1,15
Wolfgang Eder	voest	1,1
Erwin Erasim	Erste Bank	1,0
Wolfgang Leitner	Andritz	1,0

Die Gagen der Top-Manager/innen der ATX-Unternehmen haben sich im Zeitraum 2000 - 2005 verdoppelt. Sie verdienen 2005 pro Kopf das 35-fache eines/r österreichischen Arbeitnehmer/in (2000: das 20-fache).

(Quelle: AK Wien, Mai 2005).

Das oberste Einkommensprozent (37.000 Höchstverdiener/-innen) verdiente 2004 mit 5,8 Mrd. € beinahe das Dreifache des untersten Einkommensfünftels (745.000 Niedrigverdienende: 2 Mrd. €).

(Quelle: Auswertung Lohnsteuerstatistik)

Diese Spirale nach unten muss durch eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer/innen am wachsenden Wohlstand durchbrochen werden.

Wir fordern daher

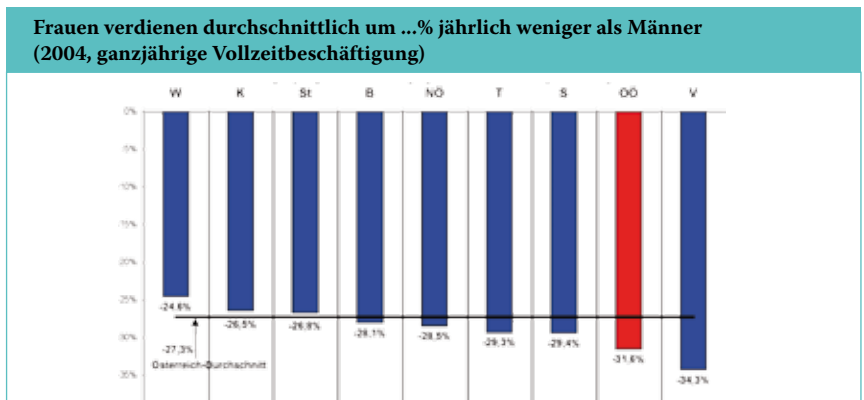
- die Verringerung der Einkommensschere zwischen Hoch- und Niedrigverdiener/innen
- die Erhöhung des Spitzensteuersatzes um zumindest 5 %

DIE ARMUT IST WEIBLICH

Der Großteil der unbezahlten Arbeit (Erziehung, Pflege, Haushalt...) wird von Frauen geleistet. Frauen verdienen für ihre bezahlte Arbeit wesentlich weniger als Männer. Armut trotz Arbeit ist bei ihnen verstärkt anzutreffen. Frauen sind überdurchschnittlich von Armutsgefährdung betroffen. Rund 579.000 Frauen (14 %) stehen 431.000 Männern (11 %) gegenüber. Noch härter trifft es Alleinerzieherinnen: 28 % sind trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet.

Durch die fehlende Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere durch den Mangel an leistbaren, außerhäuslichen Kinderbetreuungsangeboten mit passenden Öffnungszeiten und Nachmittagsbetreuung von Schulkindern, sehen sich viele Frauen noch immer gezwungen, die Berufstätigkeit aufzugeben – etwa 1/3 schafft den Wiedereinstieg ins Berufsleben nicht mehr.

Frauen verdienen nach wie vor etwa 30 % weniger als Männer. Das unterschiedliche Ausmaß der geleisteten bezahlten Arbeitszeit (Teilzeit) erklärt ungefähr die Hälfte des Einkommensrückstands der Frauen. Deswegen und wegen der häufigen Berufsunterbrechungen sind die Aufstiegschancen von Frauen im Allgemeinen geringer als die der Männer, ein weiterer wichtiger Grund für den Einkommensrückstand. In typischen „Männerbranchen“ sind zudem die Einkommen trotz gleichwertiger Anforderungen merklich höher als in „Frauenbranchen“.



(Quelle: Lohnsteuerstatistik 2004, AK OÖ)

Wir fordern daher

- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- den Ausbau der außerhäuslichen Kinder- und Schüler/innenbetreuung zu leistbaren Preisen und mit flexiblen Öffnungszeiten
- den Ausbau der eigenständigen Alterssicherung von Frauen.

PRIVATSTIFTUNGEN: STEUERGESCHENKE AN EURO-MILLIONÄRE

In über 2.800 Privatstiftungen ist ein Vermögen von schätzungsweise **50 Mrd. €** steuerschonend geparkt.

Die Steuerersparnis beträgt über 500 Mio. € jährlich.

Wieviel Steuern (ohne SV-Beiträge) sind bei 100.000 Euro zu zahlen:

Lohn/Gehalt	ca. 30 Prozent
Sparbuchzinsen	25 Prozent
Zinsen in Privatstiftung	12,5 Prozent
Dividenden in Privatstiftung	0 Prozent
Spekulationsgewinne nach einem Jahr	0 Prozent

Die reichsten Privatstiftungen in Österreich

Dr. Flick'sche Privatstiftung Rottenmann	6,1 Mrd. €
Humana- u. Privatissimo Stiftung (Horten)	3,1 Mrd. €
Karl Wlaschek Privatstiftung	2,9 Mrd. €
Louise Piech PS	2,9 Mrd. €
Pfannberg PS (Mayr-Melnhof-Saurau)	2,0 Mrd. €
Fürst Esterhazy'sche PS	1,1 Mrd. €
Gernot Langes-Swarovski PS	1,1 Mrd. €
Michael Kaufmann PS	1,1 Mrd. €
Thomas Prinzhorn PS	1,0 Mrd. €
G-Privatstiftung (Palmers)	0,8 Mrd. €
Pappas Privatstiftung	0,8 Mrd. €

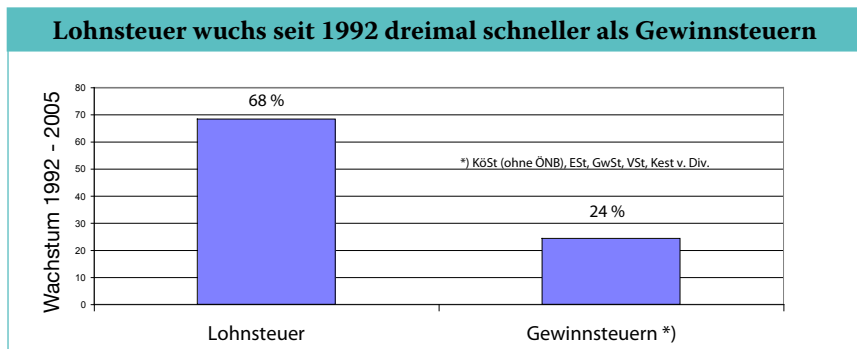
(Quelle: ÖGPP)

Wir fordern daher

→ die Abschaffung der Steuerprivilegien der eigennützigen Privatstiftungen

STEUERN DER ARBEITNEHMER/INNEN STEIGEN ÜBERDURCHSCHNITTLICH

- » Die Lohnsteuer wächst wesentlich stärker als die Löhne und Gehälter insgesamt.
- » Die Lohnsteuer wächst auch deutlich stärker als die Gewinnsteuern.



(Quelle: BMF, AK-Berechnungen)

Aufkommen 2005:

Lohnsteuer der Arbeitnehmer/innen und Pensionist/innen	16,9 Mrd. €
Umsatzsteuer der Konsument/innen	19,4 Mrd. €
Körperschaftssteuer der Kapitalgesellschaften	4,4 Mrd. €
Einkommenssteuer der Selbstständigen	2,5 Mrd. €

Dem/der einzelnen Arbeitnehmer/in blieb nach Abzug der Lohnsteuer und der Inflation seit 1995 nicht mehr als damals.

Der Durchschnitts-Nettolohn ist im Zeitraum 1995 – 2005 real nur um 0,5 % gewachsen.

Die Ursachen dafür:

- » Die Steuerbelastung der Arbeitnehmer/innen zur Erreichung des Nulldefizits stieg an. Die Erhöhung der Massensteuern und Gebühren (auf Energie und Kfz) treffen die Bezieher/innen niedriger Einkommen überdurchschnittlich hart.
- » Die Steuerreform 2005 brachte den Arbeitnehmer/innen nur wenig bis gar nichts.

Wir fordern daher

- die steuerliche Entlastung der mittleren und unteren Einkommen
- die Verdopplung der Negativsteuer auf 220 €

ÖSTERREICH IST EINE STEUEROASE FÜR GEWINNE UND VERMÖGEN

Österreich ist - nach Abschaffung der Vermögenssteuer - unter den OECD-Mitgliedsstaaten internationales Schlusslicht bei der Besteuerung von Vermögen.

Trotz sehr hoher angesammelter privater Vermögen der Österreicher/innen (siehe Seite 3) sind die Einnahmen an Vermögenssteuern (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Grundsteuer etc.) sehr gering.

Hinsichtlich Besteuerung großer Firmen wird immer wieder durch Studien bestätigt, dass die effektive Gewinnbesteuerung in Österreich - bereits vor der Steuerreform - sehr niedrig im internationalen Vergleich war. Der gesetzliche Steuersatz betrug zwar 34 Prozent, effektiv zahlten die österreichischen Unternehmen nur 17 Prozent.

(Quelle: Eurostat, AK)

Beispiele für niedrige Steuerleistungen 2004			
Firma	in Tausend €		
	Gewinn (EGT)	Steuer	Prozent
HTM Sport- u. Freizeitgeräte AG	11.875	125	1,1 %
Tele.ring Telekom Service GmbH	12.472	205	1,6 %
Coca-cola Beverages Austria GmbH	7.811	149	1,9 %
Allgemeine Baugesellschaft – A. Porr AG	8.715	220	2,5 %
BWT AG	10.545	412	3,9 %
Ericsson Austria GmbH	7.004	283	4,0 %
RWA Raiffeisen Ware Austria GmbH	16.042	708	4,4 %

(Quelle: Veröffentlichte Jahresabschlüsse)

Wären die Steuereinnahmen aus Gewinnen und Vermögen in Österreich so hoch wie im EU-Durchschnitt, hätten wir keinerlei Budgetdefizite, sondern sogar Budgetüberschüsse jedes Jahr.

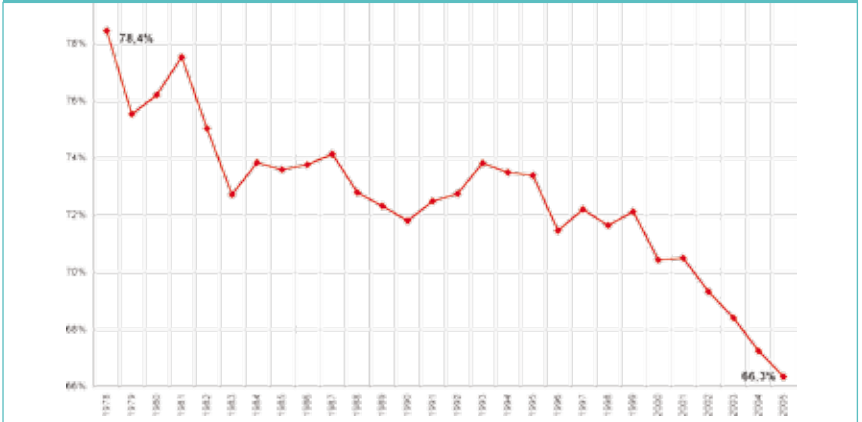
Wir fordern daher

- die höhere Besteuerung von Vermögen, insbesondere die Einführung einer Vermögenssteuer auf große Privatvermögen
- eine gerechte Steuerleistung auch von Großkonzernen
- die Abschaffung der äußerst großzügigen Konzernbesteuerung („Gruppenbesteuerung“)

ARBEITNEHMER/INNEN LEISTEN IMMER MEHR UND BEKOMMEN IMMER WENIGER

Die Produktivität eines Arbeitnehmers/einer Arbeitnehmerin stieg zwischen 1995 und 2005 um 18 Prozent, sein/ihr realer Bruttolohn um 3,6 Prozent und sein/ihr realer Nettolohn nur um 0,5 Prozent.

Der Anteil der Arbeitnehmer/innen am Volkseinkommen geht laufend zurück



(Quelle: Statistik Austria, AK OÖ)

Der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen war Anfang der 80er Jahre am höchsten, ist seitdem kontinuierlich gesunken und liegt seit 2002 unter 70 Prozent. Der jeweilige Rest auf 100 Prozent sind Gewinn- und Besitzeinkommen.

Die Ursachen dafür:

Den Arbeitnehmer/innen wird dauernd eingeredet, sie seien zu teuer, die permanent steigende Arbeitslosigkeit verunsichert die Arbeitnehmer/innen, mit der Drohung von Betriebsverlagerung in Niedriglohnländer und Arbeitsplatzverlust werden sogar Lohnkürzungen erzwungen.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nimmt ab, die Zahl der atypischen - schlecht abgesicherten - Beschäftigungsverhältnisse nimmt rapid zu, die Arbeitnehmer/innen werden zur Leistung unbezahlter Überstunden angehalten bzw. werden generelle Arbeitszeitverlängerungen (= Lohnraub) gefordert.

Wir fordern daher

- den Wachstum der (realen) Löhne entsprechend der Produktivität
- die generelle Verkürzung der Arbeitszeit

DIE GEWINNE DER GROSSKONZERNE EXPLODIEREN

Entwicklung der Gewinne von 31 ATX Unternehmen an der Wiener Börse (*Gewinn vor Steuern*)

2001:	1.948 Millionen €
2002:	2.673 Millionen €
2003:	3.809 Millionen €
2004:	5.708 Millionen €
2005:	8.531 Millionen €

(Quelle: ÖGPP)

Gewinnsteigerungen einzelner Unternehmen 2005 (EGT):

BankAustria-Creditanstalt	plus 52 Prozent auf 1.301 Millionen €
OMV	plus 92 Prozent auf 1.948 Millionen €
Telekom Austria	plus 44 Prozent auf 513 Millionen €

(Quelle: Jahresabschlüsse online)

Der Slogan „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s allen gut“ ist in der Praxis nicht nachvollziehbar. Während die Zahl der Arbeitslosen steigt und die Löhne und Gehälter stagnieren, explodieren die Gewinne der Konzerne. Sie verwenden diese Gewinne auch nicht für vermehrte Investitionen, sondern für höhere Gewinnausschüttungen an die Aktionäre.

Wir fordern daher

- die Rücknahme der in den letzten Jahren eingeführten Entlastungen durch
 - die (Wieder)Einführung der Börsenumsatzsteuer an der Wiener Börse
 - die Einführung einer wirksamen Besteuerung der Spekulationsgewinne
 - die Abschaffung der Steuerfreiheit von stock options

ARMUT KOSTET LEBEN

Armut bedeutet eine Benachteiligung in fast allen Lebensbereichen und Lebensumständen:

Armut

bedeutet nicht nur eine Benachteiligung bei Einkommen und Konsum, Wohnen und Gesundheit, sondern auch bei der Lebenserwartung. Reiche leben länger und haben mehr vom Leben. Die Differenz der Lebenserwartung zwischen Pflichtschul- und Hochschulabgänger/innen beträgt durchschnittlich etwa vier Jahre.

Arme

haben aber nicht nur eine geringere Lebenserwartung, sie haben im Alter auch weniger Jahre frei von Behinderung zu erwarten und sind zur Ausübung lebensnotwendiger Tätigkeiten länger auf fremde Hilfe angewiesen als Reiche.

Arme

sind doppelt so oft krank wie Nicht-Arme. Die so genannte Managerkrankheit mit Bluthochdruck und Infarktrisiko tritt z.B. bei Armen dreimal häufiger als bei Managern auf.



Erschreckend ist auch,

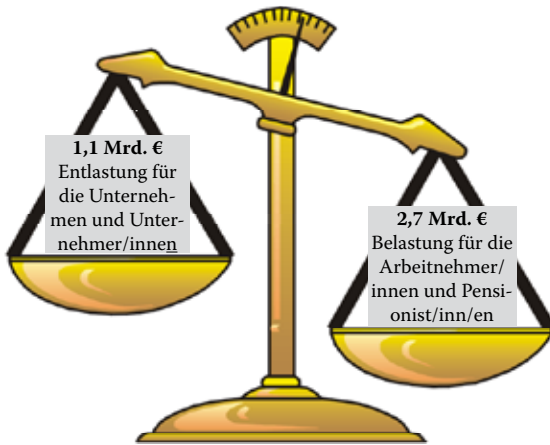
dass in Österreich jedes zehnte Kind in Armut aufwächst und zu wenig medizinische Betreuung erhält. Kinder müssen in die Schule, auch wenn sie krank sind. Alleinerzieherinnen fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sie öfter fehlen oder Pflegeurlaub in Anspruch nehmen. Auch die Säuglingssterblichkeit ist in armen Familien höher.

Weitere Informationen dazu sind im Leseheft 2 „Armut kann Ihre Gesundheit gefährden“ enthalten. Bestellungen an: Sozialplattform OÖ, Weingartshofstr. 38, 4020 Linz, 0732.667594, office@sozialplattform.at

Wir fordern daher

- Die Gesundheitsdienste müssen den Zugang, die Inanspruchnahme und die Qualität unabhängig von Einkommen und Herkunft gewährleisten.
- Die Ärmeren müssen in ihren Selbsthilfepotentialen und Ressourcen gestärkt werden, was auch Auswirkungen auf einen gesünderen Lebensstil hat.

JÄHRLICHE ENT- UND BELASTUNGEN



Die in den Jahren 2000 bis 2005 eingeführten Belastungen der Arbeitnehmer/innen und Pensionist/innen überwiegen die Entlastung durch die Steuerreform 2005 noch immer mit 2,7 Mrd. Euro jährlich.

2000 bis 2005 eingeführte Belastungen (Beispiele): Massive Erhöhung der Kfz-Steuer, der Autobahnvignette, der Stromsteuer, der Reisepassgebühr, Einführung von Studiengebühren, Verschärfungen beim Arbeitslosengeld, Aliquotierung des Urlaubes, Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, Einführung eines Freizeitunfallversicherungsbeitrages, Erhöhung der Mineralölsteuer auf Benzin, Diesel und Heizöl und der Erdgassteuer, Kürzungen durch die „Pensionssicherungsreform“, Erhöhung der Selbstbehalte für Kranke, Kaufkraftverluste durch jährliche Anpassung der Pensionen unter der Inflationsrate ...

Steuerreform 2004/2005: Die 5,7 Millionen Arbeitnehmer/innen und Pensionist/inn/en bekamen 1 Drittel, 500.000 Unternehmen und Selbstständige zwei Drittel. Die großzügige Gewinnsteuersenkung (Absenkung des Steuersatzes von 34 auf 25 Prozent) und die großzügige Konzernbesteuerung („Gruppenbesteuerung“ inklusive Anrechnung von Auslandsverlusten) kommen vor allem den wenigen prächtig verdienenden Großunternehmen zugute.

Wir fordern daher

→ die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe: Sozialabgaben müssen von der gesamten Wertschöpfung (also auch von den Gewinnen, Anlagenabschreibungen, Zinsaufwand, Miet- und Leasingaufwand) und nicht nur von den Löhnen und Gehältern berechnet werden.

ARMUT WELTWEIT

Die Versprechungen der internationalen Wirtschaft, die Globalisierung werde den weltweiten Aufschwung, vor allem auch der schwächeren Länder, forcieren sind ins Leere gegangen. Freie Marktzugänge für den Export aus den Industriestaaten, Schutzzölle und staatliche Förderung im Bereich der Landwirtschaft, Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen der Strukturanpassungsmaßnahmen sind nur einige Beispiele dieser Art der Globalisierung. Die Folgen liegen auf der Hand ...

Von den 4,7 Mrd. Menschen in den Entwicklungsländern haben

- » 842 Millionen chronischen Hunger
- » 1 Mrd. kein Dach über dem Kopf
- » 1,3 Mrd. kein sauberes Trinkwasser
- » 800 Millionen keine ärztlichen Versorgung
- » 850 Millionen keine Lese- und Schreibkenntnisse
- » 1,1 Mrd. weniger als 1 US-\$ Tageseinkommen

(Quelle: UNDP 1999, FAO 2003, ILO 2004)

Das Unrecht wird immer größer: Die Einkommensschere zwischen dem Fünftel der Menschheit, das in den reichsten Ländern lebt, und dem in den ärmsten hat sich seit 1960 [von 30:1 auf 74:1](#) vergrößert.

Das Pro-Kopf-Einkommen von 80 Ländern lag 1997 niedriger als zehn Jahre davor.

70% der Armen weltweit sind Frauen: Frauen beziehen [10%](#) aller Einkommen und besitzen [1%](#) aller Vermögen.



Wir fordern daher

- die Entschuldung der Entwicklungsländer
- die Einführung der Spekulationssteuer (Tobin Tax) zugunsten der wirtschaftlich schwachen Länder
- Fair-Trade statt Konzernherrschaft
- ökologische und soziale Grundstandards

DIE FREIHEIT/FRECHHEIT DES REICHTUMS

Der Armut von vielen steht der Reichtum von einigen wenigen gegenüber. *Dieses Ungleichgewicht sei jedoch nicht bedauernswert, sondern höchst notwendig für die wirtschaftliche Weiterentwicklung.* Mit dieser Unverschämtheit wird behauptet, dass die Freiheit des Marktes dem Wohle aller zu Gute kommt.

Sind wir schon so weit, dass wir dieses Unrecht ohnmächtig hinnehmen? Oder hoffen wir immer noch darauf, zu den Tüchtigen und Fleißigen zu gehören, die sich ihren Reichtum redlich erarbeiten können?

„Es braucht die Reichen, damit sie die Armen unterstützen können.“
Vorstandsvorsitzender eines österreichischen Großbetriebes

„Der größte Dienst, den ich meinen Mitmenschen erweisen kann, besteht darin, Schriftsteller, Journalisten und Redner dazu zu bringen, sich zu schämen, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit jemals wieder zu verwenden.“
Friedrich August von Hayek, Wirtschaftsnobelpreisträger

„Zwischen dem Starken und dem Schwachen ist es die Freiheit, die unterdrückt und das Gesetz, das befreit.“
Jean Jacques Rousseau

Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.
Bert Brecht



Wir fordern daher

→ Rechtsansprüche auf Sozialleistungen statt „Almosen“!

Quellenangaben:

Arbeiterkammer: Belastungen für Arbeitnehmer 2000 – 2006
(www.arbeiterkammer.com - Standpunkte Steuerreform)
AK-Wien: Manager-Gagen (7.8.06)
AK-Wien: ATX-Unternehmen (8.6.06)
Attac-Positionspapier Fair Steuern (www.attac.at)
Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz:
Bericht über die soziale Lage 2003 – 2004, Wien 2004
EU-SILC
ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich 2004
ÖGPP: Wichtige Kennzahlen börsennotierter Unternehmen in Österreich 2001-2005
Steuerdaten: OECD, Eurostat, BMF, Berechnungen der Arbeiterkammer
(www.arbeiterkammer.com - Standpunkte Zahlen-Daten-Fakten),
Lohnsteuerstatistik
Jahresabschlüsse von Unternehmen
ÖNB Finanzvermögen 2005 (und frühere Jahrgänge)
Statistik Austria
World Wealth Report 2006
WIFO-Konjunkturprognose
WISO 2/06, Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift des ISW
Zeitungen und Zeitschriften: Wirtschaftsblatt, Format, Gewinn 6/05, Trend



Nähere Informationen auch unter
www.armutskonferenz.at

Folgende Organisationen haben die Entstehung dieses Leseheft ermöglicht: Arbeiterkammer OÖ, Armutsnetzwerk OÖ, Betriebsseelsorge OÖ, Bischöfliche Arbeitslosenstiftung, Katholische Aktion OÖ, Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung OÖ, Land OÖ - Sozialabteilung, Österreichischer Gewerkschaftsbund OÖ, Sozialplattform OÖ.

Impressum: OÖ Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung per Adresse: Sozialplattform OÖ, Weingartshofstr. 38, 4020 Linz. ZVR: 888363821.
Für Inhalt und Zusammenstellung verantwortlich: Dagmar Andree, Franz Gall, Pold Ginner, Josef Kiesenhofer, Heinz Mittermayr, Hans Riedler. Gestaltung und Lektorat: Manuela Mittermayer. Druck: Gutenberg Linz. September 2006.